

antwortlichkeiten, die nunmehr den Laien zukommen sollen. Die Seelsorgsarbeit der Priester kann in der Tat ihre Ziele nicht voll erreichen, wenn sie nicht begleitet ist von der Aktion der Laien, deren Sache es ist, der Kirche in der Ausübung des heiligen Dienstes beizustehen, freiwillig die Tätigkeit der Geistlichen zu ergänzen, wo Priesternot herrscht, und neue Methoden auszudenken, mit deren Hilfe die Kirche in gemäßerer und wirksamerer Form den Menschen unserer Zeit die Botschaft des Heils übermitteln kann. Wir ermuntern deshalb mit väterlicher Zuneigung diese Unsere Kinder. Mögen sie sich den Bedürfnissen der gegenwärtigen großen Stunde des Ökumenischen Konzils gewachsen zeigen und mögen sie freiwillig der Hoffnung und der Erwartung entsprechen, die die Kirche in sie setzt.

Eine große Hoffnung!

Ehrwürdige Brüder! Wir haben die sichere Hoffnung, daß eure Kinder in Christus in der gleichen Weise, wie sie bisher euer Bemühen für den erfolgreichen Ausgang des Ökumenischen Konzils durch Gebet, Mitsorge, Vertrauen und Mitfreude geteilt haben, euch durch großherzige Vorsätze zur Mitarbeit eine große Genugtuung sein werden, wenn ihr in eure Diözesen zurückgekehrt sein werdet. Ja, Wir wünschen sehr, daß bei eurer Rückkehr in die Heimat nicht die öffentlichen Ehrungen und die geschuldeten Erweise der Anerkennung fehlen: Das erfordert selbstverständlich das große Unternehmen, das ihr mit Uns mit größter Klugheit, Weisheit und eifriger Sorge zu Ende geführt habt. Es verdienen das jene, die wie ihr der Kirche neue Ziele eröffneten, indem sie den Menschen mit so viel Autorität den Weg der menschlichen Würde, der brüderlichen Liebe, der Einheit und des Friedens gewiesen haben.

Durch euer Verdienst ist in der Kirche und in der Welt eine große Hoffnung aufgegangen: Gesegnet seien die, die mit euch zusammenarbeiten werden, um sie zu nähren, zu bestärken und sie voll wirksam zu machen.

Ihr wißt sehr wohl, ehrwürdige Brüder, wie wenig die menschlichen Kräfte der gewagten und sehr schweren Aufgabe gewachsen sind, die ihr nach dem Konzil werdet lösen müssen. Die Verwirklichung der Konzilsbeschlüsse wird der Kirche die erhofften Früchte jedoch nur bringen, wenn zu euren Anstrengungen die Hilfe des göttlichen Erlösers kommt, der bekräftigte: „Ohne mich könnt ihr nichts tun“ (Joh. 15, 5), und wenn das Wirken des Heiligen Geistes auch weiterhin die Hirten belebt, erleuchtet und bestärkt.

Das Gebet also — gleichsam das Atmen der Kirche — und in besonderer Weise das Gebet zum Heiligen Geist, der die Schritte der Jünger Christi lenkt, ist die erste von

allen Pflichten, die sich in dieser letzten Konzilsphase auferlegt. Im Gebet müssen die Gläubigen die übernatürliche Kraft finden, um dem hoffnungsvollen Weg folgen zu können, der sich bereits vor ihnen aufgetan hat; um sich mit voller Zustimmung den Dispositionen der Kirche gleichförmig zu machen, denn die Kirche will mehr denn je ihre Kinder gelehrig im Gehorsam, bereit und mutig in der Aktion und, wenn nötig, im Opfer; um endlich von Gott eine große Zahl von Heiligen zu erbitten, die, wie der heilige Karl Borromäus, dem christlichen Volk Beispiel und Anreiz sind bei der treuen Verwirklichung der Konzilsdekrete, da man sich gerade von solchen Menschen die wahre vom Konzil so nachdrücklich gewollte Erneuerung der Kirche erwarten kann.

Unterrichtung der Gläubigen

Zu diesem Zwecke bestimmen Wir, ehrwürdige Brüder, daß vor dem Abschluß des Ökumenischen Konzils in allen Diözesen der katholischen Welt, in den Pfarreien und in den Ordensgemeinschaften, ein feierliches Gebetstridium veranstaltet werde. Diese Triduen, die während der Novene zum Feste der Unbefleckten Empfängnis gehalten werden, sollen nicht nur den Zweck haben, Gott den geschuldeten Dank zu sagen und neue himmlische Hilfen zu erbitten, sondern sie sollen auch eine günstige Gelegenheit bieten, die Gläubigen über ihre neuen Pflichten zu unterrichten und sie dazu zu ermuntern, daß sie ihre Anstrengungen mit eurer Initiative vereinen und bereit sind, die heilsamen Bestimmungen des Ökumenischen Konzils in die Praxis des christlichen Lebens, des privaten und öffentlichen, umzusetzen.

Schließlich sei es Uns erlaubt, ehrwürdige Brüder, auch diesen Wunsch vorzutragen: nämlich, daß ihr selbst Sorge tragt, euren Gläubigen aus dieser Stadt die geeigneten Einladungen und Aufforderungen zum Gebet zukommen zu lassen, in der Weise, daß am selben Tag und zur selben Stunde, in der in der Peterskirche das Ökumenische Konzil feierlich geschlossen wird, die ganze katholische Familie in der ganzen Welt sich in der Tat und im Geiste mit dem Stellvertreter Christi und den eigenen Hirten vereint finde.

Gestützt auf solche Hoffnung, erteilen Wir als Unterpand himmlischer Gnaden und als Zeugnis unseres Wohlwollens euch allen, ehrwürdige Brüder, und dem eurer Sorge anvertrauten Klerus und Volk von Herzen im Herrn den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom, bei Sankt Peter, am 4. November 1965, dem Feste des heiligen Karl Borromäus, im dritten Jahre Unseres Pontifikates.

PAULUS PP. VI.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Chinas Einfluß in Afrika

Afrika steht gegenwärtig im Vordergrund des chinesischen Interesses. Sein wirtschaftlicher Rückstand, das Vordringen des arabischen Nordens, die Gegensätze von Rassen und Stämmen, die Suche nach einer afrikanischen Prägung und Interpretation des Sozialismus, der oft stark stammes- und ortsgebundene Ehrgeiz seiner Politiker und viele andere Umstände bilden das Substrat

einer Verwirrung, die China als Vorbedingungen seiner Strategie betrachtet und fördert, weil sie die Präsenz des Westens gefährden oder wenigstens dessen Einfluß schwächen. Deshalb hieß es in einem chinesischen Geheimdokument vom Jahre 1961, das die Richtlinien für die diplomatischen Vertreter Rotchinas enthielt, Afrika sei der Mittelpunkt des kolonialen Kampfes, der Angelpunkt der Auseinandersetzung zwischen Ost und West, das zentrale Problem der heutigen Welt. Zweifellos strebt China

heute in Afrika auch unmittelbar praktische Ziele an. Seine Taktik in Ostafrika richtet sich z. B. gegen die dort lebenden Inder, die von China als Exponenten des Kolonialismus hingestellt werden. Die Afrikaner sollen das „hindu-kapitalistische Joch“ abwerfen. China will damit seinen Feind Indien treffen und hofft zugleich, in den wichtigen Häfen Ostafrikas Fuß zu fassen. Im Kongo hat es sein Auge auf die Kupfer- und Kobaltvorräte gerichtet. Von afrikanischer Seite wurde auch wiederholt der Vorwurf erhoben, China suche in Afrika ein Ventil für seinen Bevölkerungsüberschuß. Jedenfalls sammelt es mit Hilfe Afrikas Stimmen in der Versammlung der Vereinten Nationen zu seinen Gunsten. In diesem Lichte muß man die oft pompösen Empfänge für afrikanische Führer in Peking sehen.

Freilich ist zu beachten, daß alle Faktoren, die für die chinesische Propaganda zunächst unbestreitbare Vorteile bieten, sich auch gegen eine wirksame chinesische Einflußnahme im afrikanischen Kontinent auswirken. Wenn auch China gegenüber den Amerikanern und auch gegenüber der Sowjetunion insofern im Vorteil ist, als es selbst dem afro-asiatischen Bereich angehört und den Entwicklungsländern in mancher Hinsicht als Entwicklungsmodell dienen kann, so sind doch seine wirtschaftlichen Mittel zu begrenzt, um überzeugend agieren zu können, auch wenn die geringen Mittel noch so propagandistisch klug eingesetzt werden. Zudem haben sich afrikanische Länder nicht nur gegenüber Amerika und dem Westen als instabile Partner erwiesen. Die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und China, die sich nun auch in Afrika auswirkt, hinterläßt bei manchen Angehörigen der afrikanischen Führungsschicht den Verdacht, als handle es sich bei aller sowjetischen oder chinesischen Entwicklungshilfe doch nur um einen Vorwand, die eigene Vorherrschaftsstellung zu behaupten. Und schließlich: im Gegensatz zu den asiatischen Ländern, wo China stärkere geschichtliche und bevölkerungsmäßige Präsenz aufweist, ist auch China der afrikanische Kontinent ziemlich fremd und undurchdringlich geblieben.

Wachsende chinesische Kontakte

Das moderne China hat erst in den fünfziger Jahren engeren diplomatischen Kontakt mit Afrika aufgenommen. Ab 1955 werden Afrikaspezialisten ausgebildet und über Handelsdelegationen in den schwarzen Kontinent eingeschleust. Auch wurden damals zum erstenmal Afrikaner nach China eingeladen. 1959 erfolgte die Errichtung einer eigenen Abteilung des Außenministeriums unter dem Titel „Kontrolle chinesischer Aktivitäten in Afrika“. Diese Stelle wurde bald umbenannt in das „Büro für afrikanische Angelegenheiten“. Anfang 1960 wurde in Peking die afro-asiatische Gesellschaft gegründet. Im Mai 1960 wurden das „Hilfskomitee für Entwicklungsländer Afrikas“ und die „Kommission für kulturelle Beziehungen zwischen Afrika und China“ ins Leben gerufen. 1961 folgten ein Studienkomitee für Afrika und das Afrika-Institut in Peking. Schließlich wurde 1962 der chinesische Afro-Asiatische Verein gegründet. Bis Ende 1963 beschränkte sich das chinesische Interesse für Afrika auf diejenigen afrikanischen Länder, die Rotchina anerkannten oder Beziehungen mit ihm anzuknüpfen wünschten. Die wahren Absichten Chinas standen zwar damals schon fest, aber eine gesamtkontinentale Subversionspolitik wurde erst durch einige Ereignisse verschiedener Art veranlaßt. An erster Stelle war es die

Veränderung im sowjetrussischen Kommunismus, der einen gemäßigten Kurs in der Weltpolitik zu steuern begann. China stellte ihm die harte Linie gegenüber, d. h. den dogmatischen Sozialismus im Sinne des Kampfes für das Weltproletariat. Diese paßt viel besser zu seiner heutigen wirtschaftlichen Lage und erklärt sich zu einem Teil daraus. Die Taktik der Gewalt wird durch diesen Gegensatz verstärkt.

Andere Ereignisse, die weite Perspektiven für China öffneten, waren u. a. der Streit zwischen Guinea und der Sowjetunion, das Debakel der russischen Diplomatie in Kongo-Léopoldville, das Ende des Krieges in Algerien, das eine Abkühlung der Beziehungen Algeriens mit dem russischen Kommunismus zur Folge hatte, und die Anerkennung Rotchinas durch Frankreich. Die Entscheidung Frankreichs hat in mehreren Ländern des früheren französischen Kolonialreiches einen merkbaren Einfluß auf die Politik gegenüber China ausgeübt, besonders in Mali, Mauretanien, Kamerun und Kongo-Brazzaville und selbst in Senegal.

Die Zielsetzungen

Chinas Premierminister Tschu En-lai unternahm Ende 1963 seine große Afrikareise, die in erster Linie der Intensivierung der Propaganda diente. Er formulierte damals sein Programm in fünf Punkten: Unterstützung des „Befreiungskampfes gegen den Imperialismus“ und für die Unabhängigkeit aller Länder Afrikas, Unterstützung der Friedens- und Neutralitätspolitik, Förderung gesamtafrikanischer Solidarität und Einheit, friedliche Beilegung eventueller Streitigkeiten und — unter Anspielung auf Israel und Vietnam — Ablehnung jeder ausländischen Einnischung.

Die wahren Ziele lassen sich an Hand der Äußerungen führender chinesischer Persönlichkeiten deuten. Liu Shao-chi, der Staatspräsident Chinas, äußerte gegenüber Massemba-Debat, dem Präsidenten von Kongo-Brazzaville, China betrachte es als seine heilige, internationale Pflicht, Kriege wie die der Rebellen im Kongo zu unterstützen. Mao Tse-tung sprach es offen aus: Wenn es China gelinge, den Kongo unter Kontrolle zu bringen, werde später ganz Afrika folgen. Tschu En-lai erklärte nach seiner Reise, die Aussichten für eine „Revolution“ in Afrika seien außerordentlich günstig. Damit hat er allerdings einige nüchterne Afrikaner aufhorchen lassen. Denn von den 36 souveränen Staaten Afrikas haben 33 in der Nachkriegszeit die nationale Befreiungsrevolution mitgemacht und überlebt, wenn auch einzelne Staaten noch mit beträchtlichen Unruhen zu kämpfen haben. Es bleiben noch einige abhängige Gebiete in Südafrika und die portugiesischen Kolonien übrig, aber diese hatte Tschou En-lai nicht besucht und mit seinem Hinweis nicht gemeint. Es handelte sich also um etwas anderes als um eine nationale Unabhängigkeitsbewegung. Die Aufforderung zur Revolution galt politischen Führern, die nicht unbedingt mit den jetzigen Regierungen identisch zu sein brauchten, d. h. den chinafreundlichen Führern, die in einigen Ländern die legale Regierung bilden, in andern Ländern aber sich in der Opposition oder in illegalen Organisationen betätigen. Die chinafreundlichen Regierungen fühlten sich durch diese Bemerkung Tschou En-lais natürlich gestärkt. Die anderen aber verstanden die wahre Gefahr der chinesischen Politik, die in jenen Ländern besonders groß ist, wo die aus einer kleinen politi-

schen oder intellektuellen Elite hervorgegangenen Regierungen mit großen und sehr verwickelten innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Ausbau diplomatischer Beziehungen

Nach der Reise Tschou En-lais um die Jahreswende 1963/64, auf der er Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien, Ghana, Mali, Guinea, Sudan, Somalia und Äthiopien besuchte, setzte eine intensive Propaganda ein. Es wurden Handelsdelegationen eröffnet, Ausstellungen organisiert und Artistengruppen nach Afrika geschickt. Zahllose Studienstipendien und Chinareisen wurden vergeben. Eine Reihe von chinesischen Buchhandlungen wurde eröffnet, illustrierte Zeitschriften wurden kostenlos vertrieben und, wenn ein Land die Einfuhr verbot, auf dem Postwege den Adressaten zugeschickt. Der chinesische Rundfunk strahlte 1964 bereits wöchentlich 100 Stunden nach Afrika aus. Die New China News Agency ist ein zuverlässiges Organ, dessen Vertreter in Afrika manchen Auftrag erfüllen, der mit Journalismus nichts gemein hat. Rundfunk und Presse machten sich durch einen heftigen und aufhetzenden Ton bemerkbar, besonders gegen die USA. Meinungsverschiedenheiten und Streitpunkte mit der Sowjetunion werden ausführlich erörtert. Der Kampf um Kaschmir, in dem China für Pakistan und die Sowjetunion für Indien Stellung nimmt, bietet eine neue Gelegenheit, wenigstens die arabischen Gebiete Nordafrikas für China einzunehmen.

Auf diplomatischem Gebiet hat China bedeutende Erfolge aufzuweisen. Seine erste Botschaft wurde 1956 in Kairo errichtet. Am 1. Januar 1965 verfügte es bereits über 16 Botschaften und Gesandtschaften in Afrika. Das ist ein Drittel aller diplomatischen Vertretungen Rotchinas. Zweck der Botschaften und der zahlreichen anderen diplomatischen Missionen ist, die Beziehungen der afrikanischen Länder mit dem Westen, besonders mit den Vereinigten Staaten, zu untergraben und den Einfluß der Sowjetunion zu schwächen. Um in die westlich orientierten Länder einzudringen, werden politische Ambitionen oder Stammesgegensätze in geschickter Weise ausgenutzt, wie z. B. in Tanzania, das die Unabhängigkeitsbewegung Mozambiques unterstützen wird, und bis vor einem Jahr in Burundi, wo die Watussi-Flüchtlinge gegen den Kongo aufgestachelt wurden.

Die Niederlage in Burundi

Die Ausweisung der Chinesen aus Burundi im Januar 1965 war wohl der schwerste Rückschlag, den Chinas Politik bisher in Afrika erlitten hat, nicht wegen des Verlustes von Burundi, sondern weil dadurch das strategische Netz, das sich über den Kongo breiten sollte, zerstört wurde. Ende 1963 hatte China in Burundi, das seit dem 1. Juli 1962 unabhängig war, eine Botschaft errichtet. Von dort aus konnte es mit Hilfe des herrschenden Stammes der Watussi, die ihre im Kongo lebenden und aus Rwanda verjagten Stammesgenossen unterstützen wollten, in den Kongo vordringen. Bujumbura, die Hauptstadt von Burundi, entwickelte sich innerhalb von wenigen Monaten zu einem Agitationszentrum, von wo die Rebellion im Kongo geplant und geleitet wurde. Das Personal der chinesischen Botschaft wurde immer zahlreicher, und auch einige Hunderte chinesischer „Geschäftsleute“ ließen sich in Bujumbura nieder. Es entstand ein reger Verkehr zwischen dieser Stadt und dem auf der anderen Seite des Kongo gelegenen Brazzaville, wo eine kleine linksorien-

tierte Gruppe die Regierung des amerikafreundlichen Fulbert Youlou im August 1963 zu Fall gebracht hatte. Über Bujumbura wurden Waffen nach dem Kongo geschmuggelt. In der Nähe von Bujumbura und Brazzaville wurden Militärlager eingerichtet, wo chinesische Experten Leute für den Guerillakrieg ausbildeten. Die Lage des Kongo wurde immer bedenklicher, zumal die Rebellenführer Pierre Mulele, Christopher Gbenye, Soumialot und andere sehr eng mit den Chinesen zusammenspielten. Fast eine Ironie des Schicksals war dabei, daß die Regierung Burundis fast ganz aus katholischen Christen bestand. Sie haben die Folgen ihrer verhängnisvollen Politik damals wahrscheinlich nicht geahnt und standen unter dem Druck der Watussi-Häuptlinge, die die chinesische Hilfe nur als Verstärkung ihrer eigenen Stellung gegenüber der sich emanzipierenden Hutu-Bevölkerung ansahen und bewerteten.

Die von den Chinesen erfolgreich geführte Offensive erlitt jedoch einen sehr schweren Schlag, als der neue Premierminister Burundis, Pierre Ngendandumwe, am 15. Januar 1965, zehn Tage nach seinem Amtsantritt, ermordet wurde. Er war der einzige Hutu in der Regierung und wollte dem Treiben der Chinesen ein Ende setzen. Der Mord, der wahrscheinlich mit Vorwissen der Chinesen verübt wurde, hatte eine für sie unerwartete Wirkung. Es wurden Haussuchungen bei den in Bujumbura wohnenden Chinesen durchgeführt. Waffen und kompromittierende Dokumente wurden entdeckt, aufgrund derer eine Reihe hoher Staatsbeamter verhaftet wurde. Ende Januar wurden die Chinesen des Landes verwiesen und die Botschaft geschlossen. Es scheint, daß eine Anzahl Chinesen auf kongolesisches Gebiet abgewandert ist, denn bis heute sollen die Rebellen noch über Ausbildungszentren verfügen, die von chinesischen Offizieren geleitet sind. Aber die Ereignisse in Bujumbura haben die Kraft der Rebellion gebrochen. In der letzten Minute ist so der Kongo und vielleicht ganz Afrika vor einer chinesischen Herrschaft bewahrt worden. Die Gefahr ist damit nicht endgültig beseitigt. China hat sein Interesse auf Ostafrika konzentriert, wo es inzwischen eine weniger spektakuläre, jedoch bedeutende Schlüsselposition erobert hat.

Mogadischu in Somalia, Dar-es-Salaam in Tanzania und Beira in Mozambique bilden die Einflußzentren Chinas in Ostafrika. Die Anerkennung Chinas durch Somalia und der Besuch Tschou En-lais in diesem Land lassen erwarten, daß Chinas Einfluß dort sich auf normalen politischen Wegen entwickeln wird. Mogadischu ist übrigens das am wenigsten interessante von den drei genannten Einflußgebieten, weil es kein Hinterland von einiger Bedeutung hat. Es lassen sich aber damit bestimmte chinesische Expansionsziele verknüpfen, besonders im Hinblick auf den politischen Gegensatz zwischen Somalia und Kenya. Der Grenzstreit zwischen Somalia und Kenya liefert bereits einen potentiellen Vorwand.

Der Fall Sansibar

In Tanzania ist der chinesische Einfluß im Wachsen. China hat hier praktisch das Erbe der sowjetrussischen Vorarbeit übernommen. Seit Jahren war die Insel Sansibar eine besondere Zielscheibe des Weltkommunismus. Sie sollte eine ähnliche Rolle spielen wie Kuba vor der Küste des amerikanischen Festlandes. Als Sansibar am 11. Dezember 1963 die Unabhängigkeit erlangte, war das Fundament dazu gelegt, so daß bereits einen Monat spä-

ter, am 12. Januar 1964, eine kurze und blutige Revolution die erste Volksrepublik Afrikas begründen konnte. Mit Hilfe chinesischer und russischer Berater wurde das Staatswesen umstrukturiert und alles Land enteignet. China unterstützte das neue Regime finanziell, technisch und ausbildungsmäßig. Im Juni 1964 gewährte es Sansibar ein Darlehen von 50 Mill. DM. Bereits im April 1964 war es zur Verschmelzung Sansibars und Tanganyikas durch Julius Nyerere gekommen. Die revolutionären Führer Babu und Karume fügten ihre beiden politischen Parteien, die Jugendbewegung und die Gewerkschaften zu einer nationalen Bewegung zusammen und führen seitdem eine mit Tanganyika gemeinsame Außenpolitik, jedoch eine eigene Wirtschaftspolitik und bemerkenswerterweise eine eigene Armee. Auf diese hat China offenbar seine Hand gelegt. Hier sollen die Guerillakrieger für den Befreiungskampf Mozambiques herangebildet werden.

Zwiespältige Haltung Nyereres

Die Vereinigung Sansibars mit Tanganyika ist den Chinesen dabei als ein Geschenk aus dem politischen Himmel in den Schoß gefallen; denn was auch der tiefere Grund Nyereres für diesen Schritt gewesen ist, die Vereinigung der beiden Staaten hat ihn tatsächlich den politischen Absichten Chinas dienstbar gemacht, weil er weder militärisch noch psychologisch dessen Hilfe für die Befreiung Mozambiques ablehnen kann. Deshalb mußte er auch die Vertretungen des Ostblocks, die es in Sansibar bereits gab, mit in Kauf nehmen. Er versucht zwar, den ihm auferlegten Zwang zu verhüllen, indem er die Befreiung Mozambiques als sein erstes außenpolitisches Ziel hinstellt, zu dessen Erreichung er jede angebotene Hilfe annehmen und nützen müsse. Die Kontrolle darüber liege bei ihm, und er werde darüber wachen, daß der Kampf nicht innerhalb des Hoheitsgebietes Tanzanias geführt werde und daß die Streitkräfte dort keine Unruheherde bildeten. Aber hier fehlt es wohl an Realismus, denn wäre dem so, wären die Chinesen nicht mehr sie selbst. Daß sie auf Tanzania eine große Hoffnung gesetzt haben, beweist die Tatsache, daß sie 170 Mill. DM als Entwicklungshilfe für dieses Land bereitgestellt haben, besonders aber, daß sie dort Meng Ying zum Botschafter ernannten. Dieser gilt als einer der besten Diplomaten Chinas.

Auch der Besuch Karumes und Nyereres in China und der Gegenbesuch Tschou En-lais gehören in diesen Rahmen. Die Haltung Nyereres dem Christentum gegenüber ist zweifellos positiv. Er hat bei seinem Besuch in Holland öffentlich erklärt, daß jeder Pfennig, der in die Missionsarbeit in Tanzanias investiert worden ist, den vollen Ertrag bringt, und er wünscht, daß die Arbeit fortgesetzt wird. Auch die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik soll weitergeführt und ausgedehnt werden. Vielleicht erhofft er sich aus diesen Aktivitäten ein Gegengewicht gegen den roten Einfluß. Aber inzwischen wurde der Personalstand der chinesischen Botschaft, der offiziell auf zehn beschränkt wurde, durch vielerlei getarnte Hilfstruppen erweitert, der chinesische Einfluß nimmt zu, und die Waffenlieferungen an die kongolesischen Rebellen über den Tanganyikasee werden fortgesetzt.

Einfluß in Kenya und Zambia

Präsident Kenyatta von Kenya ist ohne Zweifel kein Chinesenfreund. Sein Vizepräsident Odinga unterhält jedoch sehr rege Beziehungen mit ihnen. Kenyatta ist

offenbar nicht mächtig genug, um ihn auszuschalten. Auch hier spielen die Stammesverhältnisse eine wichtige Rolle, denn Kenyatta gehört dem Stamm der Kikuyus an, Odinga dem zweitgrößten der Luo. Es scheint, daß Odinga chinesische Waffentransporte durchgelassen hat. Auch sorgt er dafür, daß viele seiner Stammesgenossen in China und in der Sowjetunion als Saboteure und Guerillas ausgebildet werden. Die Partei Kenyattas, die Kenya African National Union, hat kürzlich die Schließung der chinesischen Botschaft und die Abberufung der diplomatischen Vertretung Kenyas in Peking gefordert, weil die Chinesen in der Hauptstadt Nairobi ein Zentrum für subversive Tätigkeit unterhielten. Ein Korrespondent der Presseagentur „Neues China“ wurde bereits des Landes verwiesen. Man fragt sich aber mit Sorge, was geschieht, wenn der 74 Jahre alte Kenyatta einmal nicht mehr an der Spitze des Landes steht.

Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Ziele der Präsidenten Dr. Hastings Banda von Malawi und Kaunda von Zambia könnten auf die Dauer zu einer gefährlichen Krise führen. Banda ist ausgesprochen westfreundlich und ein nüchterner Politiker, dem wegen der wirtschaftlichen und geographischen Lage seines Landes an guten Beziehungen zu Rhodesien und dem portugiesischen Mozambique gelegen ist. Als seine Minister auf die Anerkennung Chinas durch Malawi drängten, lehnte Banda aus diesem Grund ab. Er beschuldigte seine Minister sogar, zu Propagandazwecken von China Geld angenommen zu haben. Auch ihm hätten die Chinesen 200 Mill. DM als Gegenleistung für die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen angeboten. Die Folge war die Entlassung der inkriminierten Minister. Der entlassene Unterrichtsminister Chipembere und der Wirtschaftsminister Chiume gingen darauf zum Gegenangriff über und organisierten unter ihren Stammesgenossen eine eigene Rebellenbewegung, die neue Einflußmöglichkeiten für die chinesische Infiltration bietet. Präsident Kaunda von Zambia, ein bekennter Christ, hat lange gezögert, China anzuerkennen. Sein wirtschaftliches und politisches Interesse konzentriert sich jedoch an erster Stelle auf eine Eisenbahnlinie, die durch Tanzania zum Indischen Ozean führt. China hat angeboten, diese zu bauen, und das ist der Grund, weshalb es jetzt eine Vertretung in Zambia eröffnen kann. Es wird zweifellos die Gelegenheit benützen, um den latenten Gegensatz zwischen Malawi und Zambia zu schüren.

Gefährliche Entwicklung in Kongo-Brazzaville

In Zentralafrika ist nach dem Tod Abel Kingués, des Führers des chinafreundlichen Flügels der Union des Populations du Cameroun, die Republik Kongo-Brazzaville der wichtigste, wenn nicht der einzige Stützpunkt Chinas. Die Innenpolitik gleicht sich hier bereits in erhöhtem Tempo dem Modell einer Volksrepublik an. Alle politischen und sozialpolitischen Gruppierungen, darunter die christlichen Gewerkschaften, sind jetzt in den Mouvement National de la Révolution eingegliedert. Aus deren Jungmitgliedern wird eine Jeunesse Ouvrière ausgebildet, eine Art Polizeitruppe, die an die kongolesischen Simbas erinnert. Der MNR ist jetzt die einzige legal zugelassene Partei im Lande. Sie ist in ihrer großen Mehrheit mit Präsident Massemba-Debat extrem links orientiert und drängt auch den Präsidenten immer mehr nach links. Das Regime entwickelt einen immer radikaleren Regierungsstil. Volksgerichte werden eingesetzt, mehrere Anhänger

des früheren Regimes wurden zum Tode verurteilt. Auch Fulbert Youlou, der in Leopoldville lebt, ist in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.

Außer dem Unterrichtsminister Pascal Lissouba treten jetzt einige Gestalten mit besonderen Aufgaben in den Vordergrund. Diallo Idrissa ist Präsident der Föderation kongolesischer Gewerkschaften und arbeitet für die Kollektivierung sämtlicher Produktionsmittel. Innenminister Hombessa ist Chef der Jugendabteilung des MNR. Ihm obliegt die propagandistische Schulung, wobei er vor terroristischen Methoden nicht zurückschreckt. Die Katholiken gelten für ihn als die gefährlichsten Gegner. Der von China geschenkte 75-kW-Sender wird von ihm beherrscht. Angor schließlich ist mit der Jagd auf Verschwörungen und mit der Säuberung der Partei beauftragt. Die Maßnahmen gegen die Kirche verschärfen sich. Am 12. August dieses Jahres wurden alle Privat- und Pfarrschulen ohne Entschädigung enteignet. Priester, Brüder und Schwestern dürfen keinen Unterricht mehr erteilen. Eine Bitte des Episkopates, wenigstens den Religionsunterricht der Schulkinder außerhalb des Lehrprogramms sicherzustellen, wurde abgelehnt. Von diesen Maßnahmen sind 75 000 Schüler der Volksschule, 3000 der Mittelschule und 1000 Schüler in technischen Fortbildungsschulen betroffen. Inzwischen sind auch mehrere Priester ausgewiesen, verhaftet oder zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Auch in der Außenpolitik tendiert die Regierung immer mehr vom Westen weg. Dennoch geht sie hier vorsichtiger vor, um die wirtschaftliche Hilfe Europas, vor allem der EWG-Staaten, nicht zu verlieren. Frankreich wird mit besonderer Rücksicht behandelt, und Kongo-Brazzaville ist noch immer Mitglied der OCAM (Organisation Commune Africaine et Malgache), obschon der Sender Brazzaville eine ständige Hetzkampagne gegen sie führt. Amerika hat jedoch im letzten August seine diplomatischen Vertretungen aus Kongo-Brazzaville zurückgezogen und die Wirtschaftshilfe eingestellt. Die amtlichen Besuche aus allen Ländern des Ostblocks mehren sich, und bei der Feier zum zweiten Jahrestag der Revolution wurde China durch eine große Delegation vertreten. Bei dieser Gelegenheit wurde ein neues Kulturabkommen unterzeichnet. An allem spürt man, daß chinesisches Geld und chinesische Steuerung dahinterstehen. China hat auch hier einen seiner geschicktesten Vertreter eingesetzt: Oberst Kan Mai, der in Indien und Nepal eine langjährige Erfahrung gesammelt hat. Er ist Berater des Conseil National de Libération von Kongo-Leopoldville, der von Brazzaville aus operiert. Er ist die eigentliche Schlüsselfigur der chinesischen Botschaft.

Erfolge und Niederlagen in Westafrika

Auch in Westafrika verdichten sich die Kontakte mit China, aber der Erfolg ist weniger spektakulär, u. a. weil sie oft über die Arabische Union geleitet oder von ihr beeinflusst werden. Auch lassen die Länder der Casablanca-Gruppe, darunter Guinea und Ghana, sich auf politischen Wegen bequem und zweckmäßiger für Chinas Ziele ausnutzen. Guinea und Ghana bieten dazu eine gute strategische Ausgangslage.

Der afrikanische Sozialismus Sékou Tourés verliert in Guinea an Prestige, weil die Wirtschaft des Landes am Zusammenbrechen ist. Das Land leidet unter dem Schmuggelwesen, besonders im Diamantenexport, der allein der Staatskasse einen Schadenposten von 3 bis 4 Mill. DM beschert. Kommunistische Gruppen arbeiten im geheimen

und schüren die Stammesgegensätze. Aber auch die Vertreter der Intelligenz und die Studentenschaft regen sich und fordern den Durchbruch des „wissenschaftlichen“ Sozialismus. Hier fällt deswegen die Propaganda Chinas auf fruchtbaren Boden. Ähnliches gilt für den Consciencism Nkwame Nkrumahs in Ghana, wo der verschärfende soziale Regierungsapparat und die sich verschärfenden sozialen Gegensätze den Radikalismus fördern. In Nigeria liegt die Gefahr deutlich im Politischen, weil die wachsenden Spannungen zwischen dem Süden und dem feudalen Norden jeden Augenblick zu einer Explosion führen können, die die radikalen Elemente im Süden ans Ruder bringt.

Mali hat unter Staatschef Modibo Keita seine Beziehungen zu China im vergangenen Jahr ausgebaut. Vor einem Monat besuchte Marschall Chen Yi mit einer 16 Mann starken Delegation das Land, um einen Wirtschaftsvertrag abzuschließen und Art und Höhe der chinesischen Entwicklungshilfe zu vereinbaren. Mauretanien hat im Juli die Beziehungen mit National-China abgebrochen, dafür Rot-China anerkannt und mit ihm einen „Friedenspakt“ und einen Nichteinmischungsvertrag abgeschlossen.

Aber auch in Westafrika hat China einige Niederlagen, wenn auch von geringerer Bedeutung als in Zentralafrika, hinnehmen müssen.

Niger zeigt seit der von chinesischen Elementen gelenkten Verschwörung vom Oktober 1964 gegenüber China eine besonders ablehnende Haltung. Seitdem wird jeder rote Einfluß abgewehrt. Präsident Diouri Hamani ist ausgesprochen prowestlich orientiert. Obwohl er Moslem ist, hat er der Erhebung Erzbischof Zoungnanas von Ober-Volta zum Kardinal in Rom beigewohnt und meldete sich als erster bei den Feierlichkeiten, die zu Ehren des neuen Kardinals in Ouagadougou veranstaltet wurden. Er fördert das gegenseitige Verständnis von Islam und Christentum. Die Republik Ober-Volta arbeitet unter der Führung von Präsident Maurice Yameogo eng mit Niger zusammen. Beide schätzen chinesische Subversion realistisch ein.

Der Staat in Westafrika, der sich am schärfsten gegen die chinesischen Durchdringungsversuche wehrt, ist die Elfenbeinküste unter dem Präsidenten Houphouët-Boigny. Anlässlich des fünften Jahrestages der Unabhängigkeit hielt er am 7. August 1965 eine Rede, worin er auf die Gefahr, die der chinesische Kommunismus für den Frieden, die Einheit und Unabhängigkeit Afrikas bedeutet, hinwies. „Es scheint“, sagte er, „daß die Sowjetunion davon abgesehen hat, Afrika den Kommunismus aufzudrängen. Zugleich aber taucht der chinesische intransigente und unmenschliche Kommunismus in unseren Ländern auf. Seine Waffen sind Subversion und absolute Mißachtung der menschlichen Person. Es gelingt ihm kaum, seine expansionistischen Absichten zu verbergen. Wenn die Afrikaner in Frieden leben und sich den Fortschritt der modernen Welt zu eigen machen wollen, dann müssen sie dem chinesischen Kommunismus gegenüber eine große Wachsamkeit üben, denn er ist begierig nach unseren Reichtümern und nach unserem Raum.“ Schon früher hatte der Präsident in scharfer Form vor der chinesischen Gefahr in Afrika gewarnt und auf die subversiven Ziele und Methoden der chinesischen Afrikapolitik hingewiesen. Dr. Banda, Präsident von Malawi, drückte sich anlässlich seines offiziellen Besuches in Madagaskar im September 1965 noch deutlicher aus. „China hat“, sagte er, „eine Bevölkerungszahl, die sich einer Milliarde nähert. Um sie ernähren zu können, bereitet es eine im-

perialistische Invasion auf den afrikanischen Kontinent vor. Wenn wir nicht auf der Hut sind, werden wir mit der chinesischen Suppe gegessen.“ Nach Meinung Dr. Bandas hat es keinen Sinn, eine afro-asiatische Einheit anzustreben, denn man sieht heute, wie die Staaten Indien und Pakistan, die mit China an der Bandungkonferenz teilgenommen haben, sich gegenüberstehen. Afrika solle sich zuerst seine eigene Einheit zu Herzen nehmen, denn diese schaffe schon Probleme genug.

Die Offensive Chinas gegen Amerika wird im allgemeinen von westlich orientierten afrikanischen Führern nicht propagandistisch zum Vorteil ihrer eigenen Politik ausge-

schlachtet. Eine solche Propaganda würde in den eigenen Ländern kaum auf Verständnis stoßen. Daß aber die Penetration Afrikas tatsächlich nicht mehr als eine Phase der chinesischen Weltpolitik bildet, die auf die Schwächen der ganzen westlichen Welt abzielt, dürfte immerhin eine Warnung sein, daß die chinesischen Einflußgebiete in diesem Kontinent eine Bedrohung der freien Welt darstellen und daß alle Rückschläge, die China hier oder sonstwo einzustecken hat, für die künftige Entwicklung der Welt-situation wahrscheinlich weniger bedeuten als jeder einzelne, wenn auch geringe Fortschritt, den der chinesische Einfluß in Afrika verzeichnen kann.

Aus der Ökumene

Die Unfehlbarkeit der Kirche nach orthodoxer Lehre

Die Frage nach der Unfehlbarkeit der Kirche oder gar nach einer Autorität innerhalb der Kirche, die für die Unfehlbarkeit ihrer Lehre bürgt, ist keine biblische Frage. Im Evangelium und in den übrigen neutestamentlichen Schriften ist stets nur von der Wahrheit, nicht von Unfehlbarkeit die Rede. Auch in den ersten christlichen Jahrhunderten, auch bei der Formulierung der dogmatischen Aussagen der Konzile geht es um die Klärung der Wahrheit, um die Formulierung der Wahrheit, deren „Unfehlbarkeit“ dann evident ist. Erst in der Folge des großen abendländischen Schismas und der Konzile von Konstanz und Basel hat sich die Fragestellung im christlichen Westen verschoben, und allmählich ist aus der Lehre von der Wahrheit und Unfehlbarkeit der Kirche — die die Evidenz selber ist — in der katholischen Kirche die Lehre von der Unfehlbarkeit der lehramtlichen Aussagen geworden, sofern jenes Organ sie verkündet, durch das oder in dem sich die Unfehlbarkeit der Kirche manifestiert.

Um den eigentlichen Sinn dieser Lehre von der Unfehlbarkeit auf den Grund zu gehen, hat das Unionskloster Chevetogne in Belgien im Jahre 1961 — also vor Beginn des Konzils — eine ökumenische Tagung abgehalten, deren Vorträge soeben im Druck erschienen sind („L'Infaillibilité de l'Église.“ Journées oecuméniques de Chevetogne 1963). Das Buch enthält neben katholischen Stimmen solche von Autoren der reformierten, anglikanischen und orthodoxen Kirchen. Uns interessiert hier der Beitrag des orthodoxen Theologen N. Afanassieff, „L'Infaillibilité de l'Église du point de vue d'un théologien orthodoxe“ (S. 183—202).

Die grundlegende Position

Die Orthodoxie hat bis in die neueste Zeit wenig Grund gehabt, eine Lehre von der Unfehlbarkeit der Kirche zu entwickeln, da ihre Wahrheit ihr selbstverständlich war und die Reinerhaltung der Lehre und die Abwehr von Irrtümern sich in ihr mehr durch das Leben als durch Lehrverkündigungen vollzieht. Wenn sich orthodoxe Theologen in neuester Zeit zu der Frage der Unfehlbarkeit der Kirche geäußert haben, so geschah das im Rahmen der neuen theologischen Bemühungen um das Selbstverständnis der orthodoxen Kirche selber, das sich von

dem Selbstverständnis aller anderen christlichen Konfessionen abheben möchte. Es geht dabei um die Suche nach dem adäquaten Ausdruck des orthodoxen kirchlichen Lebensgefühls, das sich in reichster Weise aus den uralten christlichen Überlieferungen speist, aber noch keine allgemein anerkannte theologische Fassung gefunden hat. Für den christlichen Westen ist es notwendig, sich mit den ekklesiologischen Gedanken dieser neuen orthodoxen, zumal russischen Theologie bekanntzumachen, da sich nur so das grundsätzlich Verschiedene zwischen dem östlichen und dem westlichen Kirchenbewußtsein begreifen läßt — eine notwendige Voraussetzung für das ökumenische Gespräch und zugleich ein Licht aus dem ersten Jahrtausend der noch gemeinsamen „alten ungeteilten Kirche“.

Der erste unter den orthodoxen Theologen, der sich ausführlich mit der Frage der Unfehlbarkeit auseinandergesetzt hat, und bis in die allerletzten Jahre auch der Einzige, ist S. Bulgakow in seinem Buch „L'Orthodoxie“ (Paris 1932). Bulgakow (1871—1944), der im Westen zunächst durch seine spekulativen religionsphilosophischen Gedanken — seine Sophiologie — bekannt geworden ist, hat diesen besonderen Bereich seines Denkens selber stets nur als ein Theologoumenon betrachtet. Für die orthodoxen Theologen, zumal die Theologen der russischen Emigration, gilt er als echter Theologe, nicht nur als Religionsphilosoph, der in seinem gesamten übrigen Denken den Glauben der Gesamtorthodoxie vertritt. Die heutigen Theologen der russischen Emigration sind stark von ihm beeinflusst.

Auch Afanassieffs Ausführungen, die hier ausführlich dargelegt werden sollen, sind ohne Bulgakow nicht zu denken, den wir darum als Kronzeugen hinzuziehen. Schon die erste wichtige Formulierung in Afanassieffs Beitrag zu der Diskussion von Chevetogne hat einen ganz Bulgakowschen Ton: „Das orthodoxe Denken bewegt sich nicht in der Kategorie der Unfehlbarkeit, sondern in der der Wahrheit.“ Bei Bulgakow heißt es („L'Orthodoxie“, S. 90): „Die Kirche ist unfehlbar, nicht weil sie die Wahrheit korrekt ausdrückt, ... sondern weil sie die Wahrheit enthält.“ „Die Wahrheit der Kirche ist vor allem das *Leben* in Wahrheit, und nicht eine abstrakte Lehre“ (S. 88). „Aber die Wahrheit ist Christus...“ (S. 79). Afanassieff führt diese Aussage fort: „Die Kirche enthält die Wahrheit in sich, denn sie besitzt den *Geist* der Wahrheit...“ (S. 184).

Um den Nachdruck gegenüber den anderen christlichen